



Landratspräsidentin des Kantons Uri
Frau Marlies Rieder

Kopie zur Kenntnis an
Standeskanzlei
Rathausplatz 1
6460 Altdorf

Kleine Anfrage

Teilsperrung des Mositunnel von Februar bis Juni 2013

Ausgangslage

Der 47-jährige und 1.14 km lange einröhrige Mositunnel bei Ingenbohl-Brunnen wird von Februar bis Ende Juni 2013 saniert. Nach über 40 Jahren Betrieb ist eine Instandsetzung und Anpassung des Bauwerkes an aktuelle Gegebenheiten und Normen nötig. Als erste Massnahmen werden die südlich des Tunnels gelegenen Brücken saniert und die Teilinstandsetzung des Tunnels findet statt. Weiter werden Vorbereitungsarbeiten für den Bau eines Sicherheitsstollens ausgeführt. Dazu soll von Februar bis Juni 2013 der Mositunnel für LKW nur noch von Nord nach Süd passierbar sein. Die LKW-Fahrten nach Norden müssen zwingend via Luzern geführt werden.

Für Transporte aus dem Kanton Uri in den Nachbarkanton muss also ein Umweg von bis zu 70 km (Kreisel Flüelen - Ausfahrt Seewen) gefahren werden. Bekanntlich gilt es im Transportgewerbe eine Pflichtabgabe pro Fahrkilometer zu entrichten, die sogenannte LSVA.

Nebst einem riesigen Zeitverlust resultieren so gewaltige LSVA-Kosten. Diese Abschottung der Urner Wirtschaft Richtung Nord-Ost (Schwyz, Zürcher Oberland, Glarnerland, Ostschweiz usw.) führt zu gewaltigen Problemen. Es bestehen Liefer- und Abnahmeverträge, die diesem Umstand nicht mehr gerecht werden. Die zusätzlichen Kosten können im Kanton Uri wohl auf die Konsumenten abgewälzt werden, im Gegensatz zur Region Nord-Ost wo Urner Produkte nicht mehr Konkurrenzfähig sein werden.

Das Urner Gewerbe transportiert bzw. verkauft gewaltige Mengen via diesen Streckenabschnitt. Die Konkurrenzfähigkeit des gesamten Urner „Export-Gewerbes“ wird durch diese Mehrkosten stark geschädigt. Das Astra hat das Urner Gewerbe erst anfangs diesen Monat über diese Teilsperrung und deren Folgen informiert.

Gestützt auf Artikel 131 Absatz 2 der Geschäftsordnung für den Landrat des Kantons Uri ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Regierungsrat wurde über dieses Vorgehen des ASTRA unlängst aus Kreisen des Transportgewerbes informiert. War er bereits vorher vom ASTRA über ihr Vorgehen informiert?
2. Wurde der Regierungsrat bei der Planung dieser Sanierung mit einbezogen? Welche Lösungsansätze wurde in Betracht gezogen (Rotsignal für Urner Zulieferer, Entschädigung der Mehrkosten)?
3. Welche Massnahmen leitet der Regierungsrat ein um doch noch eine für Uri akzeptable Lösung zu finden?

4. Hat der Regierungsrat die Volkswirtschaftlichen Folgen für Uri abgeschätzt? Wenn ja, wie lautete das Resultat dieser Abschätzung?
5. Wie will der Regierungsrat solche Volkswirtschaftlich einschneidende Massnahmen in Zukunft verhindern?
6. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit das Gewerbe zukünftig gebührend über einschneidende Massnahmen informiert wird?

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.

Mit Freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Blöchliger'.

Pascal Blöchliger, Landrat, Altdorf